



Polizei bezahlt belastenden Job mit dem Leben

Für die Gesamtbevölkerung ist die durchschnittliche Lebenserwartung in den letzten 20 Jahren um fünf Jahre angestiegen. Polizistinnen und Polizisten sterben immer noch im gleichen Durchschnittsalter wie vor 20 Jahren. Die DPoIG fordert dazu ein Forschungsprojekt von der Landesregierung Die Polizei hat kein Rassismusproblem – die Polizei hat ein Gesundheitsproblem! Aber auch darüber hinaus hat die DPoIG ein klares Forderungskonzept an die Politik.

Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen, nach 43 Jahren Polizeidienst, davon rund 35 Jahre im Wechselschichtdienst bleibt die ein oder andere Beschwerde nach der aktiven Zeit zurück. Wenn man dann auch noch die Funktion des Seniorenbeauftragten in der DPoIG übernommen hat, dann ist das Grund genug, auch als Pensionär etwas genauer hinzuschauen. Was ich dabei herausgefunden habe, hat mich doch etwas schockiert.

Polizistinnen und Polizisten bezahlen die außergewöhnlichen Herausforderungen ihres Dienstes mit einer verkürzten Lebenserwartung.

Diese alarmierende Erkenntnis ergibt sich aus den jährlichen Berichten der Landesregierung über die Beamtenversorgung der Jahre 1999 bis 2018, die ich in einer ruhigen Stunde mal ausgewertet habe. Mit diesem Report erstattet die Landesregierung dem Landtag von Rheinland-Pfalz jährlich Bericht über die Entwicklung der Beamtenversorgung. Eine Tabelle zeigt eine für die Polizei erschreckende Bilanz:

Bereich, in dem auch die restlichen Beamtinnen und Beamten verstarben, hat sich dies in den vergangenen 20 Jahren deutlich verändert.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sterben noch immer mit circa 77 Jahren. Während die restlichen Beamtinnen und Beamten inzwischen, je nach Sparte, eine Lebenserwartung von 81 bis 83 Jahren haben. Sie machen also die Entwicklung der Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung mit. Laut Statistischem Bundesamt ist das Sterbealter der Gesamtbevölkerung in Deutschland in diesem Zeitraum um mehr als fünf Jahre angestiegen.

Von dieser Entwicklung sind unsere Kolleginnen und Kollegen ausgeschlossen.

„Man gibt die psychischen Ergebnisse des Polizeidienstes nach der Pensionierung nicht

deutlich verbessert werden. Die Landesregierung verkündet und ändert zwar viel, aber Verbesserungen sind nicht wirklich zu erkennen.

Abgesehen davon ist circa die Hälfte der Polizei in den letzten Jahren in Ruhestand gegangen. Ihnen nutzen Verbesserungen überhaupt nichts mehr. Auch ein Großteil der noch im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen ist durch die enormen Beanspruchungen in den letzten Jahrzehnten völlig ausgebrannt und viele sind gesundheitlich stark angeschlagen.

Ursache für diese frühe Sterblichkeit könnte in erster Linie der Wechselschichtdienst sein. Aber nicht nur der Nachtdienst ist das Problem der Polizei. Der Polizeidienst ist insgesamt ein Beruf, der mit einer psychischen Belastung einhergeht, wie es wohl kaum in einem anderen Beruf

Durchschnittsalter bei Einstellung des Ruhegehalts (Sterbealter)											
Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
Lehrer bis A 13 S	78	77	79	76	78	76	78	77	77	78	
Lehrer ab A 13	77	79	80	80	78	78	78	79	78	78	
Universität	76	In diesen Jahren nicht im Bericht erfasst								77	82
Polizei- und Justizvollzug	77	78	76	78	77	78	76	80	81	74	
Übrige Verwaltung	78	78	79	79	80	78	79	79	80	81	
Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
Lehrer bis A 13 S	79	79	79	80	80	80	79	81	81	81	
Lehrer ab A 13	78	80	81	81	81	81	81	82	83	83	
Universität	82	85	83	83	81	81	83	82	83	83	
Polizei- und Justizvollzug	80	78	77	78	76	76	76	78	77	77	
Übrige Verwaltung	81	81	81	81	82	81	81	82	84	82	

Daten aus den Berichten der Landesregierung über die Beamtenversorgung

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sterben nicht nur früher als andere Beamtinnen und Beamte, noch viel besorgniserregender ist, dass sie auch nicht an der allgemeinen Verlängerung der Lebenserwartung der übrigen Bevölkerung teilnehmen.

Lag das Sterbealter der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Jahre 1999 mit 77 Jahren noch in etwa in dem

mit dem Ablegen der Uniform einfach so am Kleiderhaken ab.“

Eine Formulierung, die schon seit Jahren von der DPoIG vertreten wird, wenn es um die Wiedereinführung der Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage geht, wird durch diese Fakten in trauriger Weise bestätigt.

An der Situation selbst wird sich nur dann etwas ändern, wenn die Arbeitsbedingungen

der Fall ist. Psychische Dauerbelastung in einigen Kommissariaten, aber auch viele psychisch außergewöhnlich belastende Einsatzsituationen in allen Bereichen des Polizeiberufes.

Die Arbeitsmediziner und die Fachliteratur beschäftigen sich erst seit wenigen Jahren mit diesen psychischen Belastungen in der Berufswelt. Erst 2013 wurde der Begriff der psychischen Belastung in das Arbeitsschutzge-

Impressum:

Redaktion:
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)
Fürstehofenstraße 6
54329 Konz
Tel. 06501.99605
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de
Landesgeschäftsstelle:
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz
Tel. 06131.234488
Fax 06131.225267
dpolg@t-online.de
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



© DPoIG Rheinland-Pfalz

Wolfgang Faber

setz aufgenommen und damit die psychische Gefährdungsbeurteilung des jeweiligen Arbeitsplatzes vorgeschrieben. Diese Gefährdungsbeurteilung lässt bis heute auf sich warten.

Auch diese psychischen Belastungsfaktoren die im Polizeidienst insgesamt eine außerordentlich große Bedeutung haben, könnten für diese katastrophale Sterbebilanz mitursächlich sein. Im Gegensatz zum Wechselschichtdienst gibt es hierzu noch recht wenige Untersuchungen. Die konkreten Ursachen für diese frühe Sterblichkeit kann deshalb nur eine fundierte, wissenschaftliche Untersuchung liefern.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Rheinland-Pfalz (DPoIG) fordert ein radikales Umdenken und endlich Taten:

Grundsatzforderungen

- › Ein Forschungsprojekt zur Aufklärung der Zahlen. Wie

weit ist der Schichtdienst und wie weit sind insbesondere die psychischen Belastungen des Polizeiberufes insgesamt und auch kumulierend Ursache für den frühen Tod von Polizistinnen und Polizisten. Für die ab dem Jahr 2004 (ab diesem Zeitpunkt trat die Lebensarbeitszeitverlängerung für die Polizei in Kraft) in Ruhestand gegangenen Kolleginnen und Kollegen ist eine konkrete Berechnung der jeweils erbrachten Schichtdienstjahre nachträglich erfolgt und wird seither kontinuierlich erhoben. Konkrete Zahlen für die Erforschung eines möglichen Zusammenhanges von Wechselschichtdienst und Sterbealter oder ob hierfür ausschließlich die psychischen Belastungen verantwortlich sind, liegen also vor.

- › Getrennte Erfassung der Sterbedaten von Polizei und Justizvollzugsdienst, wenn möglich eine nachträgliche Trennung. Polizei und Justizvollzugsdienst werden in dem Bericht über

die Versorgungsleistungen als ein gemeinsamer Block dargestellt. In beiden Bereichen wird in erheblichem Umfang Wechselschichtdienst geleistet. Daher dürften die Zahlen in gewissem Umfang vergleichbar sein. Trotzdem sollte eine Trennung, wenn möglich auch nachträglich, erfolgen. Damit könnte eine genauere Analyse der Ursache für die frühe Sterblichkeit erfolgen.

Finanzielle Forderungen

- › Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und
- › Erhöhung der Polizeizulage. Dadurch gewinnt zwar kein Polizist, keine Polizistin die für eine sichere Gesellschaft geopferten Lebensjahre zurück. Es kann aber zumindest zu Lebzeiten ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden. Andere Bundesländer machen es inzwischen vor.
- › Volle Auszahlung der Wechselschichtzulage.
- › Deutliche Erhöhung der Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten.
- › Eine Faktorisierung der Schichtdienstzeiten, damit einhergehend:
- › Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit, insbesondere für den Wechselschichtdienst, damit die Regenerationsphasen nicht durch zusätzliche Dienste ständig unterbrochen werden müssen.
- › Regelmäßige Vorsorgekuren, um die Belastungen durch unregelmäßige Dienste, dauernde Überstundenbelastung, Nachtdienste und den psychisch außergewöhnlich belastenden Dienst in allen Bereichen der Polizei zu kompensieren. Zudem sollen die Beschäftigten lernen, ihre eigenen Ressourcen besser kennenzulernen, auszubauen und gezielt einzusetzen.
- › Finanzielle Mittel für ein Gesundheitsmanagement, das diesen Namen verdient.

Personelle Forderungen

- › Für eine sachbezogene Aufgabenwahrnehmung sind 10 000 Vollzeitäquivalente unabdingbar, um damit auch Arbeitszeitregelungen umzusetzen, die den Anforderungen an einen gesunden Arbeitsplatz und den mit GAP selbstgesteckten Zielen der Landesregierung gerecht werden.
- › Herauslösung aus dem Schichtdienst spätestens mit 50 Jahren, so wie dies auch Prof. Nachreiner in seiner Studie gefordert hat. Es sei denn, die Betroffenen wollen freiwillig weiterhin Schichtdienst leisten.

Organisatorische und arbeitsrechtliche Forderungen

- › Deutliche Reduzierung von Sondereinsätzen während der Regenerationsphasen.
- › Berücksichtigung der Erkenntnisse der Arbeitsmedizin, bei der Erstellung von Beurteilungen.
- › Die gesundheitlich belastenden Aspekte des Wechselschichtdienstes sowie die Empfehlungen für eine gesunde Lebens- und Ernährungsweise im Wechselschichtdienst sind in die Aus- und Fortbildung aufzunehmen, um so die Forderung von § 14 Abs 1 ArbSchG umzusetzen.
- › Anpassung des § 8 ArbZVO an die arbeitnehmerfreundlicheren Regelungen in § 6 ArbZG.
- › Psychische Gefährdungsbeurteilung, wie vom Arbeitsschutzgesetz gefordert, für alle Arbeitsbereiche der Polizei.

Die schnelle Umsetzung dieser Maßnahmen ist die Landesregierung den Polizistinnen und Polizisten schuldig.

*Euer Wolfgang Faber,
Seniorenvertreter im
Landesvorstand*



TASER – Erfolgsgeschichte der DPoIG

Eindringliche Forderung nach Ausweitung auf Kriminalpolizei und Bereitschaftspolizei

Seit drei Jahren ist der TASER oder DEIG (Distanzelektroimpulsgerät), wie er innerhalb der Polizei offiziell genannt wird, im Einsatz. Die Deutsche Polizeigewerkschaft begrüßt die Bekanntmachung des Innenministeriums, dass zukünftig genügend davon zur Verfügung stehen, dass jede Streife mit einem solchen ausgerüstet werden kann.

Jedoch vergisst hier das Innenministerium die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei, die den polizeilichen Einzeldienst täglich unterstützen. Auch die Fahndungseinheiten der Kriminalpolizei tätigen täglich Festnahmen, bei denen das polizeiliche Gegenüber mit Gewalt Widerstand leistet. Ebenso die Kollegen*innen in anderen Kommissariaten, wie zum Bei-

spiel beim Rauschgiftkommissariat 3.

Erst jetzt – drei Jahre später – will man bei der Kriminaldirektion ein Pilotvorhaben durchführen. Das könnte schon längst abgeschlossen und ausgewertet sein.

Aktuell sollen Absolventen, die nach dem Studium „TASER-beschult“ zur Bereitschaftspolizei kommen, nicht auf Stand gehalten werden und verlieren damit diese Trägereigenschaft. Ein gro-



© DPoIG Rheinland-Pfalz

ßes Problem sind die mangelnden Fortbildungskapazitäten.

Die DPoIG erwartet von der kommenden Landesregierung ein deutliches Bekenntnis zur Notwendigkeit des TASERs für alle operativen Kräfte innerhalb der Polizei.

Nur so können sich alle Einsatzkräfte im Ernstfall sicher unterstützen. ■

Impfungen bei der Polizei – mögliche Spätfolgen und Dienstunfall

Die Deutsche Polizeigewerkschaft wird zunehmend mit Fragen rund um die Impfstrategie der Polizei konfrontiert. Dazu äußert sich Landeschef Thomas Meyer:

„Das A und O in der Frage nach dem richtigen Impfstoff, in der Frage nach dem Beginn der Impfungen bis hin zur Frage nach möglichen Folgen im Anschluss an eine Impfung ist Vertrauen und Transparenz.“

Die DPoIG hat auf Bundesebene die Forderung aufgestellt, mögliche negative gesundheitliche Folgen nach einer COVID-19-Infektion als Berufskrankheit anzuerkennen.

Die Beantwortung der Frage nach der Anerkennung einer Infektion als Dienstunfall wird Aufgabe der Rechtsprechung sein, unter anderem zu klären, wie hoch man die Beweisanforderungen setzt. Es ist im Bereich des Möglichen,

dass eine Reihe von Entscheidungen einiger Dienstunfallstellen – zum Beispiel bei dem Sportlehrgang der Polizisten mit prozentual äußerst hohen Corona-Fällen, 19 von 21, vor Gericht keinen Bestand haben werden.

Die größte Sorge der Kollegen*innen dreht sich um die Frage der negativen Folgen einer Impfung und insbesondere darum, welche Konsequenz es haben wird, wenn man sich nicht vom polizeiarztlichen

Dienst, sondern in einem „zivilen“ Impfzentrum impfen lässt.

Als Betroffene/r sollte man mit dem Dienstherrn bei Inanspruchnahme einer externen Impfung vorher klären, ob dies „dienstlich“ ist beziehungsweise auf dienstliche Weisung und so weiter geschieht, wenn man hierfür Dienstunfallschutz sicherstellen möchte.

In dieser Frage hat die DPoIG bereits Kontakt mit den zuständigen Stellen aufgenommen. ■



© DPoIG Rheinland-Pfalz

Polgi wundert sich (... nicht mehr!)

Ohne Wahlen keine Demokratie. Das lernt in der Schule jedes Kind.

Eine Wahl im Sinne der Politikwissenschaft ist ein Verfahren unter anderem in Behörden im öffentlichen Dienst zur Bestellung einer repräsentativen Person oder mehrerer Personen als entscheidungs- oder herrschaftsausübendes Organ. Aus Wahlen können Betriebsräte und Ähnliches

hervorgehen. Den Betriebsräten sind die Personalräte gleichgestellt. Das weiß nicht jedes Kind.

Mit der Veröffentlichung dieser Ausgabe des POLIZEISPIEGELS gehören die Personalratswahlen bei der Polizei bereits der Vergangenheit an.

Polgi wundert sich eben nicht mehr und wird im Nachgang der Wahlen dazu beitragen, dass in Zukunft jedem „Polizeikind“ die Grundsätze von Rechten und Pflichten im Zusammenhang mit Personalratswahlen ins Bewusstsein gerufen sein werden. ■



DPolG-Malbuchaktion

Prävention – Verkehrserziehung – Opferschutz

Mit dem Verlag PolPublik ist die DPolG Rheinland-Pfalz eine neue Kooperation eingegangen und leistet mit dem neuen Malbuch einen Beitrag in der Verkehrserziehung in Kita's und Grundschulen. Darüber hinaus soll auch die Arbeit der Polizei in Rheinland-Pfalz davon profitieren. Insbesondere für den Bereich der Delikte rund um die Gewalt in engen, sozialen Beziehungen (GesB) und für den Bereich der Kriminalpolizei beim Kommissariat 2 – Sexualdelikte/ Gewalt gegen Frauen und Kinder – oder dem Kriminaldauer-

dienst soll das Malbuch den betroffenen Kindern als Ablenkung dienen und die Betreuung beziehungsweise den Aufenthalt in den Dienststellen zum Beispiel bei Vernehmungen angenehmer machen. Beim Besuch des Polizeipräsidiums Koblenz übergab der Landesvorsitzende der DPolG, Thomas Meyer, am 22. Dezember die ersten Exemplare der Leiterin des K 2, Margot Brenk, wie auch den diensthabenden Kollegen*innen des KDD. Die weitere Verteilung der vielen tausend Malbücher beginnt Anfang 2021.

Aus den Kreisverbänden

Neuwahl beim KV Südpfalz – Franz J. Unnold übernimmt den Vorsitz in der Südpfalz

Ende letzten Jahres fand die Mitgliederversammlung des DPolG-KV Südpfalz statt. In der aktuellen Situation konnte die Versammlung nicht wie gewohnt stattfinden und so bekam jedes Mitglied eine Einladung mit der Möglichkeit der digitalen Teilnahme über ein zur Verfügung gestelltes Videokonferenzportal.

14 anwesende Mitglieder hörten den Bericht des bisherigen Vorstandes, welcher von Eva Nikolaus vorgetragen wurde. Wolfgang Wayand war dienstlich verhindert und konnte nicht teilnehmen.

Nach Berichten des Kassenswartes und der Kassenprüfung konnte der amtierende Vorstand bedenkenlos entlastet werden.

Der wichtigste Punkt war aber der der Wahlen. Wolfgang

Wayand wollte sich aus privaten Gründen zurückziehen und ein neuer Vorsitz musste gewählt werden. Franz J. Unnold, DGL bei der PI Edenkoben, war bereit, sich dieser Aufgabe anzunehmen und wurde einstimmig von den anwesenden Mitgliedern gewählt.

Seine Stellvertreterin ist und bleibt unsere Eva Nikolaus aus Gernersheim. Komplettiert wird der Vorstand vom neuen Schriftführer Stefan Klinker, PI Landau, sowie Oliver Blanz als neuem Kassenswart, ebenfalls PI Landau.

Der neue Vorstand stellte den Mitgliedern noch kurz seine Planungen und Ziele für die nahe Zukunft vor. Nach gut 90 Minuten konnte die erste komplett digitale Mitgliederversammlung ohne Probleme und mit einem deutlich spürbaren Optimismus geschlossen werden. ■



> Wir gratulieren

Im Monat März 2021 haben Geburtstag:

50 Jahre
Michael Lantz
Karsten Brüggemann

60 Jahre
Carola Herkelrath
Andreas Frieß
Werner Bachmann
Sigrid Berg

65 Jahre
Michael Koch
Michael Bertram

70 Jahre
Egon Dambly

75 Jahre
Hans Seel

78 Jahre
Armin Radunz

80 Jahre
Horst Dauner
Heinrich Pfeiffer

83 Jahre
Irene Stirn

84 Jahre
Bernhard Beutel